Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Anzeigennummern 20 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 7gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 130. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonntag, den 7. Juni 1925

Um Stinnes' Erbschaft.

In der Reichsbank zu Berlin wurde unter Vorsitz des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht von Vertretern aller Berliner Großbanken, auswärtiger Banken und namhafter Industrieller über eine Neuordnung des Stinnes-Konzerns beraten.

Zu dieser soeben in Berlin durch W. T. B. veröffentlichten Mitteilung wird uns von unterrichteter Seite geschrieben:

Man munkelte schon längere Zeit, daß etwas im Hause Stinnes nicht mehr so ganz in der Ordnung sei, und Eingeweihte waren nicht sehr überrascht davon, daß vor kurzem ein Austritt des ältesten Sohnes, Dr. Edmund Stinnes, aus dem Stinnes-Konzern erfolgte. Jetzt wurde die Öffentlichkeit von der Meldung doch überrascht, wonach die Firma Hugo Stinnes eine straffe Zusammenfassung der Geschäfte der Firma in Mülheim planen soll unter gleichzeitigem entsprechenden Abbau der übrigen Niederlassungen und Interessen. Hugo Stinnes jr. wird der Leiter dieser Firma sein (Akt.-Ges. Hugo Stinnes) und in den Aufsichtsrat treten die bekannten Freunde des verstorbenen Hugo Stinnes, nämlich Dr. Vögler, Dr. Silverberg und Witthöft (Hamburg) ein.

So ist also nun der junge Hugo Stinnes der wirkliche Herrscher über den Konzern geworden und hat damit ein Ziel erreicht, das er wohl nicht erstrebt hat, das ihm aber wegen seiner ganzen Persönlichkeit geradezu gesetzt war. Hugo Stinnes soll der befähigtere Sohn seines Vaters sein. Der ältere Sohn Edmund kam erst in das Geschäft hinein, als vor Jahren einer der bekanntesten Generaldirektoren der Firma Stinnes, Minoux (wegen Differenzen mit dem alten Hugo Stinnes) austrat. Der junge Hugo, der in der Hauptsache durch weitausgedehnte Informationsreisen sich intimste Kenntnisse von dem riesenhaften Konzern und den zahllosen Beteiligungen verschafft hatte, soll sich bereits zeitig derartig gewandt benommen haben, daß er, wie erzählt wird, sogar dem Vater Hochachtung abgenötigt und für ihn in manchen Fällen den erfolgreichen Berater gespielt habe. Nach dem Tode des Vaters gewöhnte er sich allerdings eine derartige geschäftliche — allerdings sehr erfolgreiche — Selbständigkeit an, daß er die Direktoren über seine Pläne und Verabredungen erst dann unterrichtete, wenn sie abgeschlossen waren; dadurch unterscheidet er sich ganz wesentlich von der Arbeitsmethode seines Vaters, dem seine Direktoren wirkliche Mitarbeiter gewesen sind.

Es entspricht dem Wesen dieses erst 27jährigen jungen Mannes, daß jetzt eine Konzentration des gewaltigen Konzerns eintritt, der mehr in die Breite als in die Tiefe wuchs und sich Betriebe angliederte, die zu übersehen oder organisatorisch anzugliedern Menschenkönnen und Menschenkraft auch des größten Genies schließlich einfach überschreiten mußte. Gewiß war die Verwaltung des Konzerns schon nach dieser Richtung hin gegliedert, aber auch nur die gewaltige Persönlichkeit des Verstorbenen konnte einen doch äußerlich bleibenden Zusammenhang aufrechterhalten. Wenn jetzt eine Abstoßung einer Reihe von Unternehmungen erfolgt, gleichgültig ob das Filmunternehmen oder, wie behauptet wird, Zeitungen sind, so bedeutet diese Konzentration wenn schon eine Einschränkung, so doch vielleicht eine Stärkung. Denn die in der Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union konzentrierten großen Industriegebilde, also der Kern des ganzen Konzerns, bleiben von allen diesen Umstellungen unberührt. Einen Fingerzeig für die künftige Gestaltung bietet übrigens auch der Name der neuen Aktiengesellschaft, nämlich „A. G. Hugo Stinnes für Seeschiffahrt und Überseehandel." Erinnert sei daran, daß sich Hugo Stinnes jun. übrigens gerade in Hamburg, also auf dem Gebiete des Überseehandels und der Seeschiffahrt, seine geschäftlichen Sporen verdiente, und daß gerade Herr Witthöft, Aufsichtsratvorsitzender der Commerz- und Privatbank, mit in den Aufsichtsrat der A. G. eintritt, deutet nach der gleichen Richtung hin, weil diese Bank ganz besonders starke Schiffahrtsinteressen hat. Die Sitzung in der Reichsbank hat sich offenbar mit den Kreditmaßnahmen beschäftigen sollen, die aus den Umstellungen des Stinnes-Konzerns herauswachsen werden.

Dr. Edmund Stinnes soll sich nur noch lediglich mit den Versicherungs- und Automobilunternehmungen beschäftigen wollen, die zu den Beteiligungen des Stinnes-Konzerns gehören. Hierfür kommen vor allem in Frage die Versicherung Nordstern und die Aga-Dinos-Werke. Es verlautet, daß diese Beteiligungen ganz ausscheiden sollen.

Bekanntlich gliedert sich das, was man unter Stinnes-Konzern versteht, in jene Werke, deren gesamtes Aktienkapital der Firma Stinnes gehört, und in den unübersehbaren inländischen und ausländischen Kreis jener Unternehmungen, bei denen die Firma starke Minderheiten, bisweilen auch Mehrheiten des Aktienkapitals inne hat. Vielleicht will man gerade diesen letzteren Kreis durch Abstoßung von Aktienpaketen vermindern, woraufhin der Wunsch nach einer größeren Liquidität, einer leichteren Verfügbarkeit über die Werte der Firma Stinnes hindeutet, zweifellos übrigens auch die Beratungen der Reichsbank und der Großbanken über die bevorstehenden börsenmäßigen Transaktionen.

Die Umstellung des Stinnes-Konzerns wird vielfach als eine wirtschaftliche Rückentwicklung günstiger Art angesehen auch deswegen, weil es auf der ganzen Welt keinen Konzern mit derartig ausgebreiteten, aber die verschiedensten Interessen umfassenden Verzweigungen gab. Selbst die größten amerikanischen Konzerne sind längst nicht so breit, dafür aber tiefer gebaut.

Die Stellung der Banken.

Berlin, 5. Juni.

Wie aus hiesigen Finanzkreisen verlautet, sollen die an den Verhandlungen in der Stinnes-Sache beteiligten Großbanken kein finanzielles Interesse an der Aktiengesellschaft Hugo Stinnes für Seeschiffahrt und Überseehandel haben. Vielmehr werde dieses Interesse durch die Herren Dr. Vögler, Witthöfft und Dr. Silverberg getragen. Der Plan der D-Banken (Deutsche, Disconto-, Dresdner und Darmstädter Bank) und der Commerz- und Privatbank ginge dahin, unter geeigneter Mitwirkung der Reichsbank Mittel bereitzuhalten, um die Firma Hugo Stinnes mit dem nötigen Kredit zu versorgen und um einem gewaltsamen Abbau des Stinnes-Konzerns, der mit einer Verschleuderung seiner Objekte gleichbedeutend wäre, im allgemeinen Interesse der Wirtschaft vorzubeugen. Von einer Überschuldung der Firma Hugo Stinnes sei nicht zu sprechen. Die Aktion der Banken wurde veranlaßt durch die Fälligkeit großer kurzfristiger Kredite. Für diese treten die Banken ein, in der Weise, daß sie aus den Mitteln, die aus dem Abbau von Hugo Stinnes hereinkommen, Rückzahlungen erhalten.

Kabinettsrat zur Alliiertennote

Unter Vorsitz des Reichspräsidenten

Berlin, 5. Juni.

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten von Hindenburg trat ein Kabinettsrat zusammen, der sich mit der Prüfung der überreichten Entwaffnungsnote der Alliierten beschäftigte. Sämtliche Reichsminister haben am Kabinettsrat teilgenommen, ferner der preußische Ministerpräsident Braun und Staatssekretär Weismann. In der Sitzung wurde die Note über die „Voraussetzungen für die Räumung der nördlichen Rheinlandzone" eingehend erörtert. Die Note umfaßt fünf Druckseiten, die Anlagen dazu nehmen fünfzehn Seiten in Anspruch.

Im Ministerrate kam die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die Bedingungen, an die die Räumung der Kölner Zone geknüpft ist, außerordentlich hart und für Deutschland kaum tragbar sind. Die Note sei in allen entscheidenden Punkten unklar gehalten, so daß ausführliche Rückfragen, unter Umständen erneute eingehende Verhandlungen der Reichsregierung mit den Alliierten notwendig werden.

> Man hielt es im Ministerrate für den schwersten Mangel der Note, daß sie jedes positiven Hinweises auf die endgültige Räumungsfrist der Kölner Zone entbehre.

Auch in außenpolitischen Kreisen ist man davon überzeugt, daß, da die Note weder einen festen Termin für die Durchführung der gestellten Forderung, noch einen Termin für die Räumung der nördlichen Rheinlandzone enthalte, das Kabinett Rückfragen über die Bedeutung technischer Forderungen nach Paris an die Botschafterkonferenz werde richten müssen. Man nimmt in unterrichteten Kreisen an, daß es zu Verhandlungen über den Inhalt der Note nach zwei Richtungen hin kommen wird. Einmal machen Einzelheiten der Note Rückfragen insofern notwendig, als die technische Seite der Kontrollforderungen oft nicht so klar ist, daß eine spätere Auslegung ausgeschlossen wäre; ferner legt man in parlamentarischen Kreisen besonderen Wert darauf, daß die Regierung durch Verhandlungen bestimmte Sicherheiten für die Räumung der Kölner Zone erreicht, da damit die politische Seite der Kontrollforderungen etwas erleichtert werden würde. Man glaubt übrigens, daß die Forderungen wegen Zerstörung industrieller Anlagen auch Verhandlungen der Reichsregierung mit Vertretern der Industrie notwendig machen werden.

Beratungen der Ministerpräsidenten.

Die Ministerpräsidenten der Länder werden sich Ende der nächsten Woche in Berlin versammeln, um mit den Mitgliedern der Reichsregierung über die Antwort auf die Entwaffnungsnote zu beraten. — Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Hergt beabsichtigt den Ausschuß zur Beratung der Entwaffnungsnote auf nächsten Mittwoch einzuberufen.

Aus dem sachlichen Inhalt der Note,

die nach bekanntwerdenden Mitteilungen aus diplomatischen Kreisen sehr höflich gehalten ist, wird besonders hervorgehoben die Forderung in bezug auf die Reichswehr, daß die Stellung des Chefs der Heeresleitung in die Grenzen zurückgeführt werde, die sie im Jahre 1919 bei der ersten Aufstellung der Reichswehr hatte, also die Befehlseinheit über die Gruppenkommandos und Wehrkreiskommandos wegfalle und der Chef der Heeresleitung nur noch ausführendes Organ des Reichswehrministers bleibe. Die übrigen Forderungen, soweit sie Heer und Marine betreffen, bilden kleinere Anlegenheiten. Die Stärke der Schutzpolizei soll die im Abkommen von Boulogne zugelassene Zahl um 30 000 Mann überschreiten. Diese müßten entlassen werden. Ferner soll die zentrale Leitung der Polizei in den einzelnen Ländern aufgehoben werden und an die Kommunalverwaltungen übergehen, jede militärische Ausbildung, soweit sie nicht für den Polizeidienst notwendig ist, fortfallen und die bisherige Angleichung der Dienstgradbezeichnungen an die Reichswehr aufgegeben werden. Es sollen keinerlei vorübergehende Verstärkungen der Polizei durch Hilfsmannschaften mehr stattfinden. Wenn diese Forderungen erfüllt seien, werde die Entente bereit sein, für die größeren Städte, Industriezentren usw. der weiteren Kasernierung der Schutzpolizei zuzustimmen. Auflösung der Vaterländischen Verbände soll nicht gefordert werden, doch verlange die Note, daß Gesetze geschaffen werden, die jede militärische Ausbildung dieser Verbände und ihre Verbindung mit der Reichswehr unterdrücken. Für die Industrie seien sehr erhebliche Umstellungen in einer größeren Zahl wichtiger deutscher Fabriken verlangt. Maschinen zur Herstellung von Kriegsmaterial sollen zerstört werden, namentlich bei Krupp, in den Deutschen Werken usw. Die Durchführung aller Maßregeln soll unter Aufsicht und in jedem Falle nach vorheriger Verständigung mit der Interalliierten Militärkontrollkommission erfolgen. Nach Erfüllung der Forderungen solle die erste rheinische Zone geräumt werden.

Der Sozialist M. Cohen für Agrarzölle

Berlin, 6. Juni. Der Reichsbund der deutschen Technik trat gestern hier zu seiner zehnten Bundestagung zusammen. Dr. Drahl, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, hielt den Festvortrag über

Technik, Wirtschaft und Sozialpolitik.

Anschließend sprach der sozialdemokratische Wirtschaftspolitiker Max Cohen-Reuß, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, über Handelspolitik. Er legte dar, daß, während vor dem Kriege von den Ländern Rohstoffe ausgeführt wurden, jetzt das Bestreben besteht, sie an Ort und Stelle zu verarbeiten. Darüber müsse man sich klar werden, um die Handelsvertragspolitik zu beurteilen. Deutschland hätte jetzt mehr denn je den Wunsch, daß die Welt freihändlerisch eingestellt wäre, da Deutschland ja das Bedürfnis habe, seine Waren auszuführen. Aber die Welt richte sich nicht nach diesen deutschen Wünschen. Unter solchen Umständen müsse man sich fragen, ob man Anhänger des Freihandelns bleiben wolle in der Hoffnung, daß etwa die anderen folgen. Das sei eine Illusion, die anderen dächten gar nicht daran.

> Wir müßten unseren Markt deshalb mit Zöllen schützen, die durch Verträge allerdings herabgesetzt, vielleicht hier und da ganz aufgehoben werden könnten.

Der Schutz sei für alle Erzeugnisse, die für unser nationales Leben von großer Bedeutung sind, notwendig. Der Redner bekannte sich dann auch, im Gegensatz zu früher, als Anhänger der Agrarzölle. Die deutsche Landwirtschaft dürfte nicht zu Grunde gehen, und es sei deshalb besser, hier eher etwas zu viel als zu wenig zu bewilligen. Professor Severing verlange allerdings nur Bereitschaftszölle; es lasse sich aber nicht übersehen, wie die weitere Entwicklung der Agrarerzeugung der Welt sein werde. Jedenfalls sei die Zeit noch nicht gekommen, in der wir auf Agrarzölle verzichten könnten. Das deutsche Volk brauche für die Zeit wirtschaftlicher Konflikte Zölle, die die nationale Produktion schützten, auch wenn dies Opfer koste.

Frankreich und der Sicherheitspakt.

Briands Antwort an England.

Die französische Regierung hat nunmehr die endgültige Fassung des französischen Antwortentwurfs auf das deutsche Sicherheitsangebot nach London übermittelt. Die Note spricht zuerst die Zufriedenheit der französischen Regierung mit dem für mehrere Punkte erreichten „Einverständnis" aus. Dieses Einverständnis betrifft besonders die Bestimmungen über die Rheinlandzone. Die französische Regierung nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis, daß das britische Kabinett bereit sei, die Sicherung der Rheingrenze zu garantieren und die für Großbritannien bestehenden Verpflichtungen

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF